

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

4.11.1932 (No. 259)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Wagnispreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Ankerent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Keine Entscheidung über die Kontingente

Die Beratungen des Reichskabinetts

Die Reichsregierung befahte sich, wie amtlich mitgeteilt wird, in ihrer Kabinettsitzung vom 2. und 3. November mit Agrarfragen. Sie ist der Auffassung, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden muß. Die Erhaltung des Getreidebaues sei sehr erforderlich, um einen Zusammenbruch der Düngemittelproduktion, die Gefährdung der bisher für den Osten angewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern.

Die Reichsregierung hält es für ebenso dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungesunde Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden. Sie hat demgemäß der Kontingentierung der Futtermittel auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abrede ihre Zustimmung erteilt. Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Weisfel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, verhandelt hat. Das reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, soll unbeeinträchtigt gesichtet und bearbeitet werden. Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

Der Zeitpunkt der Entscheidung über die Kontingentsfrage steht nach privaten Meldungen noch nicht fest. Man rechnet aber nicht mehr damit, daß sie noch in dieser Woche erfolgt.

Von den beiden Maßnahmen, die von der Landwirtschaft gefordert wurden — Preisregulierung der Getreide und Einfuhrbegrenzung — hat man somit einstweilen nur einen Punkt herausgegriffen, der sich schneller und leichter durchführen läßt, die Preisregulierung für Getreide. Wahrscheinlich wird eine gewisse Magaziniierung des Getreideeinkaufs und der Einlagerung vorgenommen werden, um dadurch die Getreidepreise auf einem gewissen Niveau zu halten. Auf dieser Basis ist auch ein Kompromiß unter den Kabinettsmitgliedern möglich geworden, die in erster Linie den Streit um die Kontingentierung führten, zwischen dem Ernährungsministerium auf der einen Seite, dem Wirtschafts- und Außenministerium auf der anderen Seite. Wirtschafts- und Außenminister haben sich besonders auch auf Grund der Berichte, die die deutsche Regierungskommission von ihren Verhandlungen in den fremden Hauptstädten mitbrachte, gegen die praktische Durchführung von Maßnahmen gewandt, die zu einer Erschwerung des deutschen Außenhandels und zur Verschlechterung der internationalen Beziehungen führen würden.

Die neue Aktion zur Stützung des Getreidepreises
W.B. Berlin, 4. Nov. (Tel.) Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ist vom Reichskabinett ermächtigt und in den Stand gesetzt worden, mit beträchtlich verstärkten Mitteln und über den laufenden Bedarf an Getreide hinaus Roggen für längere Zeit aus dem Markt zu nehmen und dadurch einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf angemessener Preisstufe zu schaffen. Das entsprechende ist für Weizen geschehen.

Die Ankaufstätigkeit wird in dem durch die natürliche Marktlage jeweils bedingten Ausmaß langandauernd betrieben werden. Die bisher von der Landwirtschaft geübte Verkaufsdisziplin kann demnach mit voller Berechtigung durchgehalten werden.

Änderung der Wohlfahrtserverswerbslosenfürsorge

Hilfe für die Gemeinden

In den nächsten Tagen wird, wie die „AZ“ meldet, eine neue Verordnung des Reichspräsidenten über Änderungen in der Wohlfahrtserverswerbslosenfürsorge erlassen.

Diese Verordnung enthält zunächst die angekündigte Erhöhung des Reichszuschusses für die Gemeinden, die bisher einen Reichszuschuß im Monatsdurchschnitt von 60 bis 65 Mill. bekamen. Künftig soll dieser Betrag auf 75 Mill. erhöht werden. Zugunsten der Landgemeinden, die im Winter eine besonders hohe Erwerbslosenziffer haben, ist außerdem eine Änderung des Verteilungsschlüssels vorgesehen. Besonders wichtig ist für die Gemeinden die Anfündigung, daß vom 1. November bis 30. April kein Unterstützungsempfänger mehr aus der Krisenunterstützung ausgespart werden soll. Es kann also keine Erhöhung der Wohlfahrtserverswerbslosenziffer eintreten, so daß die Gemeinden vor einer Steigerung ihrer Wohlfahrtskosten bewahrt bleiben.

Die Reichsregierung glaubt, so schreibt das Blatt weiter, zu diesen Maßnahmen greifen zu können, weil sich herausgestellt hat, daß die Durchschnittsziffer der Erwerbslosen, die nach den Berechnungen vom Juni noch 5,9 Millionen betrug, gegenwärtig nur noch 5,53 Mill. beträgt.

Weiterbeschäftigung Ausgelernter ist Mehrreinstellung. Auf eine Eingabe des Reichsstatistiks des selbständigen Mittelstandes hat der Reichsarbeitsminister dem Kartell folgende Entscheidung mitgeteilt: „Wenn ein Lehrling nach Ablauf seiner Lehrzeit nicht aus einem Unternehmen ausscheidet, sondern als Gefelle oder Handlungsgehilfe oder sonstigen Entgelt im Betriebe weiter beschäftigt wird, so ist diese Weiterbeschäftigung regelmäßig als Mehrbeschäftigung eines Arbeitnehmers im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 anzusehen.“

Letzte Nachrichten

Ausnahmen für Kommunalwahlen

Zusatzverordnung zum Versammlungsverbot

W.B. Berlin, 4. Nov. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist zu dem gestern erlassenen Verbot öffentlicher politischer Versammlungen heute eine Zusatzverordnung ergangen, durch die die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen ermächtigt werden, Ausnahmen von dem Verbot für solche öffentlichen politischen Versammlungen in geschlossenen Räumen zuzulassen, die der Vorbereitung von Wahlen zu öffentlichen Körperschaften dienen, sofern diese Wahlen im Monat November stattfinden.

Diese Ausnahme hat den Zweck, eine Behinderung der Vorbereitung von Kommunalwahlen, wie sie z. B. in Sachsen bevorsteht, auszuschließen.

Der Reichskanzler über Gleichberechtigung

Ein Interview im „Excelsior“

W.B. Paris, 4. Nov. (Tel.) Reichskanzler v. Papen hat einem Berliner Mitarbeiter des „Excelsior“ auf verschiedene aktuelle Fragen geantwortet. Der Reichskanzler gab seiner festen Hoffnung Ausdruck, die ihm gestellten Aufgaben durchzuführen zu können, andernfalls werde er nicht eine Sekunde länger an der Regierung bleiben.

Zum Gleichberechtigungsproblem führte der Reichskanzler aus, es handle sich um das Recht, genau das gleiche tun zu können, wie die anderen. Auf die Bemerkung seines Besuchers, daß die Reparationsfrage vielleicht eine Notwendigkeit für Deutschland gewesen sei, aber die Gleichheit in der Abfertigung materiell nicht denselben Charakter tragen würde, erwiderte der Kanzler: Im Gegenteil, einen noch ernstere Charakter! Zunächst haben wir Anspruch auf materielle Sicherheit. Abgesehen davon, gibt es eine Frage der Eigenliebe und der Selbstachtung. Der Besucher wies den Reichskanzler darauf hin, daß zwischen Paris und Berlin großes Mißtrauen herrsche. Der Reichskanzler erwiderte, mit Mißtrauen werde man niemals eine gute Politik treiben können. In Lausanne habe er mit Herriot eingehende freimütige Unterredungen gehabt. Herriot wisse, wie er das Problem der deutsch-französischen Beziehungen ansehe.

Auf den konstruktiven Plan Herriots einzugehen, lehnte der Reichskanzler mit dem Hinweis ab, daß er den Plan erst genau kennen müsse, vielleicht bilde er eine Diskussionsgrundlage.

Der französische Abrüstungsplan

Eine Rede des französischen Kriegsministers in Genf

W.B. Genf, 4. Nov. (Tel.) Vor dem Büro der Abrüstungskonferenz sprach heute vormittag der französische Kriegsminister Paul Boncour über den französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan. Er umriß den Plan in großen Zügen. Seine Ausführungen gingen über die Andeutungen Herriots in der französischen Kammer inhaltlich kaum hinaus.

Er erklärte selbst, daß ein endgültiges Urteil über den Plan erst möglich sei, wenn er schriftlich dem Büro eingereicht sein werde. Zu Beginn seiner Ausführungen wies der französische Delegierte auf die Krise hin, in der sich die Abrüstungskonferenz befinde. Es gelte jetzt, ihren Zusammenbruch zu vermeiden. Deshalb habe sich Frankreich entschlossen, einen Weg zu zeigen. Paul Boncour entwickelte zunächst die verschiedenen Sicherheitsgarantien, die der Plan vorsieht.

England für Überwachung der Zivilluftfahrt

W.B. London, 4. Nov. (Tel.) „Daily Mail“ berichtet: Der Kabinettsunterausschuß für die Abrüstungsfrage hielt gestern Abend eine Sitzung ab. Heute wird wahrscheinlich das Kabinett in einer Sonder Sitzung den Entwurf der britischen Vorschläge prüfen, die der Außenminister nächste Woche in Genf unterbreiten wird. Bezüglich der Abrüstung in der Luft hat, wie verlautet, der Außenminister persönlich folgende Vorschläge ausgearbeitet und dem Unterausschuß vorgelegt:

1. Die Bomben- und Kampfflugzeuge aller Länder seien entweder ganz abzuschießen oder aber sehr weit einzuschränken;
2. aller Handelsluftverkehr wird künftig einer internationalen Kontrolle unterstellt;
3. die Zahl der im privaten Besitz befindlichen Flugzeuge wird für jedes Land kontingentiert.

„Daily Mail“ bemerkt dazu, gegenwärtig bestehe im Kabinett keine volle Einigkeit. Es sei noch nicht sicher, ob der Plan Billigung finden werde.

Endgültige Annahme der Ottawa-Abkommen. Das englische Unterhaus nahm Freitagabend in Dritter Lesung mit 416 gegen 68 Stimmen die Gesetzesvorlage über die Ottawa-Abkommen an. — Die englische Regierung wird nunmehr nach Beendigung der Ottawa-Konferenz mit Deutschland, den drei skandinavischen Staaten und mit Argentinien in Verhandlungen treten, um neue Grundlagen für den Handel zu beraten.

Wirtschaftliche Umschau

Um die Diskontierung — Der Papierpreis — Die Selbsthilfe der Rheinschiffahrt

Auch der Ultimatusweis der Reichsbank zeigt wie der vorhergehende eine durchaus normale Beanspruchung und Sprache an sich nicht gegen die seit längerem erhoffte Diskontierung auf 3½ Proz., die ja ein wichtiges Mittel wäre, noch vor dem Winter der Wirtschaft eine fühlbare Erleichterung zu bringen. Die Nachfrage nach Wirtschaftskrediten der Reichsbank ist aber auch weiterhin mäßig, und die Ausweise zeigen nichts von einer saisonmäßigen Verstärkung der Ausleihungen. Freilich ist es sicher, daß ein starker Rückfluß von gehamsterten Noten eingetreten ist, der stärker ist als die Saisonbewegung, was eine natürliche Erklärung der geringen Beanspruchung der Reichsbank ist. Der Zahlungsmittelumlauf hat sich so verringert, daß er jetzt z. B. im Vergleich zum vorjährigen Oktober 1931 um 700 Millionen niedriger ist.

Als Hauptmoment, das die Diskontierung bisher verhindert, wird der niedrige Stand des englischen Pfundes angegeben, der leicht zu einer Diskonterhöhung in England führen könnte, so daß auf dem internationalen Geldmarkt Deutschland dadurch in Nachteil geraten müßte. Allerdings ist am Mittwoch im internationalen Devisenverkehr eine Befestigung des englischen Pfundes eingetreten. Die anderen Gründe, die gegen eine Diskontierung angeführt werden, sind nicht so durchschlagend. Die Zinssätze der Banken könnten bei dem jetzigen Stand des Geldmarktes durchaus eine Ermäßigung erfahren, auch wenn man die Sätze für die Spareinlagen unverändert ließe, um nicht den Anreiz zur Spargelddbildung zu vermindern. Die Widerstände der Privatbanken müßten in diesem Fall eben besiegt werden und die Reichsbank, die ja in den Vajeler Verhandlungen ihre Diskontonomie sich zurückgewonnen hat, ist bei ihrem jetzigen Stand durchaus in der Lage, führend auf dem Geldmarkt aufzutreten. Eine Erhöhung des deutschen Preisniveaus ist nur nach einer Kreditausweitung, nicht nach einer Zinsenkung zu befürchten.

Recht bedenkliche Preiserhöhungen sind in der letzten Zeit beim Papier eingetreten. Sie belaufen sich auf 5 bis 15 Prozent, bei Schreib- und Druckpapier auf durchschnittlich 5 Proz., bei Backpapier auf bis 15 Proz. Die Preiserhöhungen sind ein Versuch der in Deutschland sehr fest kartellierten Papier- und Zellstoffindustrie, ohne Rücksicht auf die allgemeine Konjunktur die Lage der eigenen Industrie, die nach den Ausweisen der großen Gesellschaften, allerdings auch nicht ohne Schuld der auf Expansion allzusehr bedachten Unternehmungen, nicht befriedigend ist, zu verbessern und sozusagen die erwartete Konjunkturbesserung vorwegzunehmen. Derartige Maßnahmen tragen natürlich nicht dazu bei, die Anzüge einer allgemeinen Belebung des Wirtschaftslebens zu verbessern, da Papier ein Stoff des allgemeinen Konsums ist, und viel mehr als von Großbetrieben von zahllosen Mittel- und Kleinbetrieben weiterverarbeitet wird. Dazu kommt, daß verarbeitetes Papier auch in der deutschen Ausfuhr eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Der Außenhandelsverband der Papierindustrie weist darauf hin, daß es sich um eine lebenswichtige Ausfuhr mit hohen Arbeitsanteilen handelt. Die gleiche Gewichtsmenge erziele bei der Ausfuhr von Papierwaren einen siebenmal höheren Wert als das unverarbeitete Papier. Diese Sachlage muß beachtet werden, da die maßgebenden Faktoren der Zellstoff- und Papierherzeugung die Tendenz verfolgen, Rohpapier nach dem Ausland zu billigeren Preisen zu liefern und durch höhere Inlandspreise die Kosten des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt einzubringen. Aber auch die Papierverarbeitung im Inland und der allgemeine Konsum werden von den Preiserhöhungen sehr betroffen. Beim Zeitungswesen und beim Buchdruck betragen die Kosten für Papier einen sehr erheblichen Teil des Gesamtaufwandes. Man verschlechtert so die Rentabilität der verarbeitenden Betriebe, belastet den Konsum und die Wirkung muß sich natürlich nachteilig für den Arbeitsmarkt geltend machen.

Die Papierpreiserhöhungen werden mit den Erhöhungen der Halbfabrikate für Papier, Solzschliff und Zellulose begründet, Preiserhöhungen, die aber auch in erster Linie kartellmäßige Ursachen haben, zumal große Zellstoff- und Papierfabriken in einer Hand sind. Man weiß außerdem, daß die Kolonien auf dem Weltmarkt und im

Inland weiter sehr niedrig sind. Die Zellstoffindustrie selbst hat auf die valutabegünstigte Konkurrenz vor allem der nordischen Erzeuger auf dem Weltmarkt bei Schilderung ihrer unbefriedigenden geschäftlichen Lage hingewiesen. Man strebt übrigens auch eine kartellmäßige Einigung der Zellstoff- und Papiererzeugung auf dem Weltmarkt an. Ob sie gelingen wird, ist fraglich. Denn ein so wichtiges Land wie Schweden ist national noch gar nicht kartelliert und fällt somit als Partner für feste Abmachungen von vornherein aus. Man hat wie gesagt, eher das Gefühl, daß sich die Zellstoff- und Papierindustrie für ihre Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt auf dem Inlandsmarkt zu entschädigen versucht. Auch aus der Industrie selbst werden schon Bedenken gegen die sprunghafte Preissteigerung geäußert, weil man fürchtet, daß durch sie die von den Papierverbänden zur Verbesserung ihrer Situation angeordnete Produktionseinschränkung (Einlegung eines wöchentlichen Ruhetags) in Frage gestellt werden könnte. Außerdem wurde schon gemeldet, daß diese Form der Produktionseinschränkung bereits umgangen werde, indem man stillliegende Maschinen in Tätigkeit setzte, so daß die Produktionsmengen nicht kleiner, sondern größer würden. Die Verbände streben außerdem eine Kontingentierung der Papierarten an, gleichfalls ein Experiment, dessen Nutzen für die gesamte Volkswirtschaft sich erst wird erweisen müssen.

Über die Selbsthilfemaßnahmen der Rheinschiffahrt, von denen schon ausführlich berichtet wurde, haben die Beratungen der Ende vorigen Monats in Köln zusammengetretenen „Internationalen Studienkommission zur Krisenbekämpfung in der Rheinschiffahrt“ kein Ergebnis gebracht. Der bekannte auf Grund der Straßburger Besprechungen abgeänderte Plan des Generaldirektors Jäger, Mannheim, stand aufs neue zur Debatte und über ihn soll auf einer Studienkonferenz in Duisburg am 9. November weiter verhandelt werden. Nach diesem Plan soll bekanntlich ein internationales Konföderation von den Reedereien aller an der Rheinschiffahrt interessierten Länder gebildet werden, das einen Teil des Fahrplans der Kleinschiffe für längere Zeit mietet, um je nach der Marktlage deren Schiffe stillzulegen oder auch in Fahrt setzen zu können.

Die Reedereien hatten sich bei den Kölner Verhandlungen bereit erklärt, bei Stilllegung der Flotte der Kleinschiffahrt (Partikuliers) auch einen Teil ihrer Flotte stillzulegen. Die Partikuliere aber, vor allem die ausländischen, verlangten, daß die Stilllegung von beiden Partnern im gleichen Verhältnis erfolge, während die Reedereien darauf hinwiesen, daß das ganze Risiko bei ihnen liege, daß sie auch die finanziellen Mittel aufzubringen hätten. Von Seiten der Kleinschiffer wurden auch Hoffnungen geäußert, daß die Staaten mit Subventionen einspringen könnten, was aber bei Deutschland wohl als ausgeschlossen erscheinen muß. Ferner fordern die Kleinschiffer eine entsprechende Beteiligung in der neuen internationalen Gesellschaft. Ob man am 9. November zu einer Einigung kommt, ist fraglich, wenn auch in Reedereikreisen bereits die juristische Vorarbeit für die Gründung der geplanten „Rheinschiffahrts-Treuhand-GmbH.“ geleistet wird. Wie es heißt, wollen die Kleinschiffer zunächst einen genossenschaftlichen Zusammenschluß erreichen, bevor sie endgültig zu dem Plan der Reedereien Stellung nehmen. Das würde aber wohl längere Zeit in Anspruch nehmen.

Umsatzsteuer-Ausfuhrvergütung

W.D. Berlin, 4. Nov. (Tel.) Die Verordnung vom 8. Dezember 1931 hat die Schaffung einer Ausfuhrvergütung vorgesehen. Danach sollte einem Unternehmer, der Lieferungen ins Ausland nachweist, ein Betrag bis zur Höhe der auf der Ware ruhenden Umsatzsteuer vergütet werden.

Im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft wird die Ausfuhrvergütung in Höhe von einem halben Prozent grundsätzlich auf alle Waren, die zum Export gelangen, gleichmäßig gewährt werden. Mit der Inkraftsetzung der Ausfuhrvergütung ist voraussichtlich schon am 1. Dezember 1932 zu rechnen.

Neue Berechnungsgrundlage der Steuerertragsgrundlage

Im Reichsanzeiger wird eine Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zur Steuerertragsverordnung vom 31. Oktober veröffentlicht, welche die Berechnung der Verleghaftszahlen vereinfacht, entstandene Zweifel und Härten beseitigt und die Berechnungsart in Übereinstimmung mit derjenigen der Tarifänderungsverordnung bringt.

Zugleich mit dieser Verordnung wird die „Bestimmung der Saison- und Kampagneerwerbe“ vom 26. September 1932 in erweiterter Fassung neu erlassen. Die wichtigste ist die Aufnahme des gesamten Einzelhandels (mit Ausnahme des Handels mit Drogen und Apothekenwaren) in die Liste der Saisonerwerbe.

Botschafter von Doersch hat in London dem Staatssekretär des Auswärtigen, Sir John Simon, den Antrittsbesuch abgestattet.

Steigende Reichsbahneinnahmen im Oktober. Die Reichsbahn verzeichnet im Oktober eine tägliche Durchschnittseinnahme von rund 11 Mill. RM, gegen 10,5 Mill. RM im August und September. Dies ist bemerkenswert, denn in den Vorjahren trat im Oktober regelmäßig ein Rückgang gegenüber der Septembererinnahme ein. Immerhin verbleibt gegenüber den Vorjahren noch ein sehr beträchtliches Minus, denn im Oktober 1929 betrug die Tageseinnahme 19,2, im Oktober 1930 16,3 und im Oktober 1931 13,6 Mill. RM.

Im Ruhrbergbau sind im Zeitraum vom 16. September bis 1. November mehr als 6000 Arbeiter neu eingestellt worden. SA. und Wahlen. Der oberste SA-Führer der Nationalsozialisten, Käßm, hat einen Befehl an SA. und SS. erlassen, demzufolge alle Kräfte für die Wahl mobil gemacht werden müssen.

Aus der Wahlbewegung in Baden

Reichstagsabgeordneter Zoos in Karlsruhe

In einer von Minister Dr. Baumgartner geleiteten großen Kundgebung des Zentrums in der Karlsruher Festhalle sprach am Donnerstagabend der derzeitige stellvertretende Vorsitzende der Zentrumsgruppe, Reichstagsabgeordneter Dr. Zoos, München Gladbach.

Der Redner, fürnisch begrüßt, begann mit den Worten: „Wenn der Süden ruft, ist der Westen da.“ Er zog zunächst Vergleiche zwischen Brüning und Papen. Brüning sei ein stiller, aber tüchtiger Reichskanzler gewesen, Papen hingegen tue in bezug auf das Reden zuviel des Guten. Außenpolitisch seien wir nun glücklicherweise isoliert, innenpolitisch gehe es drunter und drüber. Die Anturbelung der deutschen Wirtschaft sei erfolgt — der Erfolg jedoch ausgeblieben. Die Regierung von Papen habe sich innenpolitisch mit der Frage Papen einen Genieftreich geleistet. Die Zentrumsgruppe müsse der Reichsregierung das Recht absprechen, noch weiter regieren zu dürfen. Brüning's Sturz sei eine Änderung des Systems gewesen; Brüning habe regiert, Papen hingegen kommandierte. Es seien jetzt militärische Kräfte eingebrochen und offtübische Denkart. Man rede heute von einem politischen Aufbruch Ostwärts. „Wir müssen uns fragen“, so sagte Dr. Zoos, „wie die Leute denken, die heute hinter Papen stehen.“ Papen spiele heute politisches Jo-Jo; er bekomme die Rolle jedoch nicht mehr nach oben. Der Wirtschaftsplan der Regierung sei verfehlt; es gehöre zur Anturbelung unserer Wirtschaft, daß wir Ruhe im Innern hätten und uns andauernde Wahlen erspart bleiben müßten. Die Regierung Papen mache nach Coué in Optimismus, derweilen das Volk von einer Besserung der Lage nichts merke. Das Zentrum habe es satt, daß das Sprichwort, der Westen zähle und der Osten gehöre, noch weitere Geltung hat. Die Volksgemeinschaft sei nicht dazu da, die verachteten Großgrundbesitzer im Osten zu sanieren.

Zur Frage der Reichsreform sagte der Redner, die Regierung habe es sich in den Kopf gesetzt, eine solche Reform herauszubringen. Er frage jedoch: Was wolle sie denn reformieren? Zoos vermehrte Erwiderungen des Reichskanzlers in bezug auf die von deutschnationaler Seite verschiedentlich angebotenen Verfassungsbrüche. Die Länderrechte würden von der Regierung mißachtet. Wir dürften vor den Staatsaufstellungen der kommenden Regierung nicht Notau machen. Der Redner fragte, warum Papen nicht seinen falschen Weg abbreche, obwohl er oft genug gewarnt worden sei? Der föderative Gedanke sei in der letzten Zeit durch den Fall Brüning mächtig emporgeschossen. Deutschtum sei mehr als Ostdeutsch sein, es heiße Mannigfaltigkeit, Farbenreichtum, Freiheit des Menschen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen besaßte sich Dr. Zoos mit der Frage des Zusammengehens des Zentrums mit den Nationalsozialisten. Es sei um die Schaffung eines arbeitsfähigen Reichstags, um praktische Mitarbeit in unserem Volke gegangen. Man habe sich gefragt, was geschehen könne, um die Lage in Deutschland zu verbessern. Das sei der ganze Kernpunkt der Verhandlungen gewesen. Die Zentrumsgruppe habe die Verhandlungen aufrichtig geführt; Papen hätte getan, was er tun konnte, um diese Verhandlungen zu stören. Es sei darum gegangen, die NSDAP. in die praktische Mitarbeit einzuführen. Schließlich machte Dr. Zoos der SPD. Vorwürfe, daß sie den Wahlkampf zu einseitig gegen die NSDAP. und nicht um die Volks- und Verfassungsrechte führe.

„Wir müssen los von einer Regierung des Experimentierens“, so schloß der Redner seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen, „wir müssen los von einer Politik der Kunstfertigkeit. Wir müssen leben in Einigkeit und Recht und Freiheit. Das sei der Sinn des 6. November 1932.“

Eine kurze Ansprache Dr. Baumgartners und das Deutschlandlied beschloßen die Kundgebung.

Staatsrat Schäffer spricht in Freiburg

Auf einer Wahlkundgebung der Freiburger Zentrumsgruppe sprach der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, der u. a. erklärte, dreizehn Jahre lang hätten Volkvertretung, Reichsregierung und Reichspräsident gemeinsam für das Wohl des Volkes gearbeitet, so müsse es auch fernerhin sein. In einer Zeit, wo der Kampf um den Hunger vorherrscht, sollte man sich Verfassungskämpfe ersparen. Die Frage der Lösung des Dualismus Preußen-Deutschland sei nicht nur eine preußische Frage, sondern gehe alle Länder an. Wir Süddeutschen lassen uns nicht überstimmen, sondern wollen unseren Anteil an den allgemeinen Aufgaben des Reiches. Dr. Heß habe seine ganze Kraft eingesetzt für das Vertrauen des Herrn von Papen, aber das Vertrauen sei mißbraucht worden. Es liege sich im Verfassungsleben des deutschen Volkes manches besser machen, aber es müsse dabei der letzte gesetzliche Weg bestritten werden.

Im Steuerprogramm der Reichsregierung stehe die letzte Aeserbe des deutschen Volkes; von diesem Experiment hänge das Leben der Nation ab. Um eine wirtschaftliche Katastrophe zu vermeiden müßten wir alles einsehen, das Experiment zur Durchführung zu bringen. Von der Reichsregierung müsse die Lösung und der Gedanke einer Volksgemeinschaft ausgehen.

Englisches Lob für den „Graf Zeppelin“

W.D. London, 4. Nov. (Tel.) Aus Anlaß des neunten Transatlantikfluges findet „Manchester Guardian“ in einem Leitartikel Worte hohen Lobes für „Graf Zeppelin“, das „einzige Luftschiff, das im regelmäßigen Transportdienst verwendet wird.“ Die anderen Länder verfolgten, eingebend ihrer katastrophalen Erfahrungen, eine Politik der Untätigkeit, während sie, bequemer zurückgelehnt, „Graf Zeppelin“ und seinen Kapitän bewunderten. Auf ihm und dem neuen großen Luftschiff in Friedrichshafen ruhe die Beweislast dafür, daß das Luftschiff eine Zukunft habe.

In der Nacht zum Donnerstag wurden in Weidert bei Duisburg von einer Bahnüberführung aus mehrere von einer Versammlung heimkehrende Nationalsozialisten von bisher unbekanntem Personen beschossen. Der 18jährige Heinrich Hamnacher aus Weidert wurde durch einen Kopfschuß tödlich verletzt.

Zwischen Albedolonen der NSDAP. und der SPD. kam es in Wuppertal in der Nacht zum Freitag zu einer Schlägerei, in deren Verlauf von den Nationalsozialisten etwa 15 Schüsse abgegeben wurden. Ein Arbeiter wurde schwer, ein anderer leicht verletzt. An anderer Stelle wurde ein Nationalsozialist durch einen Schuß verletzt.

Eine deutschnationale Wahlkundgebung in Dessau wurde von Nationalsozialisten durch Tränengasbomben gestört.

Der Kommandant des Kreuzers „Karlsruhe“ wurde in Washington vom Chef des Admiralstabs empfangen.

Der Preußenkonflikt

Eine neue Berliner Auslassung an die bayerische Adresse

Zu den Erklärungen, die der bayerische Ministerpräsident Dr. Heß am Mittwoch in München vor der Presse abgegeben hat, wird seitens der Reichsregierung betont, daß man diese Rede keineswegs in dem Sinne als eine Sensation empfinde, wie es in manchen Blättern dargestellt worden sei.

Die Reichsregierung sei sich mit der bayerischen Regierung völlig einig, daß eine Reichs- und Verfassungsreform nicht mit Artikel 48 und ebensowenig mit irgendwelchen Gewaltmaßnahmen gemacht werden solle. Der bayerische Ministerpräsident habe hervorgehoben, daß man erst dann, wenn der Reichstag und der Reichsrat sich gegen die Reformpläne wenden sollten, die Frage prüfen müsse, ob mit Mitteln, die über die Verfassung hinausgehen, vorgegangen werden könnte. Auch darin stimme die Reichsregierung mit der bayerischen Regierung überein. Der Reichsinnenminister habe der bayerischen Regierung zugesagt, daß der Verfassungsreformwut vor der Veröffentlichung den Ländern vorgelegt werden solle. Die Reichsregierung stellt fest, daß sie diese Zusage streng innegehalten hat. Sie habe keinerlei Maßnahmen getroffen, durch welche die Struktur des Reiches angetastet werde, sondern sie habe sich lediglich nach dem Leipziger Urteil gerichtet, in welchem ihr nahegelegt wurde, die Politik des Reiches und Preußens in einheitliche Bahnen zu lenken.

Wenn der bayerische Ministerpräsident am Mittwoch am Schluß seiner Rede erklärte, es bestehe die Möglichkeit einer Verständigung mit der Reichsregierung, so stimme die Reichsregierung ihm darin vollkommen zu, nur dürfe dann natürlich eine Diskussion wie die bisherige nicht weitergeführt werden.

Braun kündigt einen neuen Appell an Hindenburg an

In einer Pressekonferenz kündigte am Donnerstag der preussische Ministerpräsident Braun einen neuen Appell an Hindenburg an. Er werde ihm in einem Brief offen darlegen, wie sich die Dinge entwickelt haben und ihn bitten, endlich dafür zu sorgen, daß das alte preussische Staatsministerium wieder in sein Amt eingesetzt werde.

Der Berliner Verkehrsstreik

Vorläufig Fortdauer

Im Berliner Verkehrsstreik wurde am Donnerstag ein Schiedsspruch gefällt und für verbindlich erklärt. Die Streitenden haben ihn abgelehnt und auch nach der Verbindlichkeitsklärung die Fortsetzung des Streiks proklamiert. Die Leitung der Berliner Verkehrsvereine hat ihre sämtlichen Angestellten und Arbeiter aufgefodert, die Arbeit bis heute um 14 Uhr aufzunehmen, andernfalls erfolge fristlose Entlassung.

W.D. Berlin, 4. Nov. (Tel.) Da der Schiedsspruch und die Verbindlichkeitsklärung des Schlichters im Streik des Personals der Berliner Verkehrsvereine heute früh noch nicht allgemein bekannt war, ist die Arbeiterchaft der BVG. noch nicht in den Bahnhöfen erschienen. Die BVG. hat jedoch durch Säulenanschlag den Wortlaut des Schiedsspruchs bekanntgegeben und den Arbeitern eine Frist bis 2 Uhr nachm. zum Entschließen auf der Arbeitsstätte gesetzt.

Die Leitung der BVG. rechnet damit, daß von 14 Uhr an dem letzten Termin für die Wiederaufnahme der Arbeit wenigstens ein Teilbetrieb auf sämtlichen drei Verkehrsmitteln durchgeführt werden kann.

W.D. Berlin, 4. Nov. (Tel.) Es ist in Aussicht genommen, daß der Betrieb der BVG. heute mittag um 14 Uhr wieder aufgenommen werden soll. Die Polizei hat alle Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten. Die einzelnen Straßenbahnwagen werden in den am meisten gefährdeten Straßen von Polizeifreienwagen begleitet werden.

Die gesamte Streikleitung hat für heute um 13 Uhr eine Versammlung einberufen, in der über weitere Beschlüsse beraten werden soll. Die nationalsozialistische Streikleitung hat für heute 18 Uhr eine Versammlung anberaumt.

Ein blutiger Zusammenstoß

W.D. Berlin, 4. Okt. (Tel.) Bei einem Zusammenstoß vor einem Betriebsbahnhof der BVG. zwischen BVG-Leuten und der Polizei wurde ein SA-Mann getötet und drei weitere SA-Leute wurden verletzt. Auch von den Kommunisten, die sich an der Zusammenrottung beteiligt hatten, sollen mehrere verletzt worden sein, die aber von ihren Kameraden fortgeschleppt worden sind.

Im Betriebsbahnhof der Straßenbahn in Tegel wurde heute morgen ein Sabotageakt entdeckt. Die Schalthelme an den Rasten der Oberleitung waren teilweise abgehakt und abgebrochen.

Bis heute morgen sind im Verkehrsstreik 297 Personen zwangsgestellt worden. — Mehrere Autobusse haben den Verkehr unter polizeilicher Bedeckung aufgenommen.

Kommunalkonflikte in Oldenburg

Im Stadtrat der Stadt Oldenburg wurde ein nationalsozialistischer Antrag, den Oberbürgermeister zur Disposition zu stellen und die Stellungnahme des Staatsministeriums zu diesem Antrag einzuholen, mit 25 gegen 16 Stimmen angenommen. Man nimmt an, daß die nationalsozialistische Regierung diesem Antrag entsprechen und einen Nationalsozialisten als Oberbürgermeister einsetzen wird.

In Cutin hat der nationalsozialistische Regierungspräsident Boehmer den Bürgermeister der Stadt Cutin, den deutschen nationalen Dr. Stoffregen, seines Amtes entbunden. Dr. Stoffregen wurde Mittwochnachmittag durch ein Kommando der Schwartauer Ordnungspolizei unter Führung eines Polizeihauptmanns aus seinen Amtsräumen entfernt. Der Bürgermeister hat beim oldenburgischen Staatsministerium telegraphisch Beschwerde erhoben. Der Kreisvorsitz der deutschnationalen Volkspartei verlangt das Entweichen des Reiches.

Macdonald bleibt dem diesjährigen Guildhall-Bankett in London fern. Seine Abgabe hat in der Presse großes Aufsehen erregt, da seit 1917 der jeweilige Premierminister stets am Bankett teilgenommen hat.

Das süßlabische Kabinett hat seinen Rücktritt eingereicht. Der König hat den Rücktritt angenommen.

Neuige Kohlenlager in Ostböhmen entdeckt. Einer amtlichen Meldung aus Ostau zufolge, ist es russischen Ingenieuren gelungen, in Ostböhmen im Gebiet des Flusses Buria, riesige Kohlenlager zu entdecken. Die neuen Kohlenvorkommen werden auf 30 Milliarden Tonnen geschätzt. Man hofft, daß die neue Kohle im Fernen Osten die Grundlage für eine mächtige Industrie abgeben werde.

Aus der Wahlbewegung im Reich

Dr. Brüning in Breslau. In Breslau sprach Dr. Brüning. Bei den Verhandlungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten sei selbstverständlich davon ausgegangen worden, daß die Verfassung gesichert und aufrechterhalten werden sollte. Wenn Hitler fortjähre, die ganze Macht zu fordern, dann werde er dem jetzigen Kabinett die Macht für immer in die Hand spielen. Auch er, Brüning, trete für eine Zurückdrängung des überhöhten Parlamentarismus und des Parteiwesens, für eine Wahlrechtsreform usw. ein. Aber der Artikel 54, wonach die Regierung das Vertrauen des Reichstags besitzen muß, dürfe nicht abgeschafft oder geschwächt werden.

Gregor Straffer über die Legalität der NSDAP. In Königsberg sagte Gregor Straffer: Wenn die Reichsregierung glaube, die Verfassung nicht achten zu dürfen, dabei aber Adolf Hitler auf Ewigkeit zu verpflichten, die Legalität zu wahren, dann werde die Zeit kommen, wo man sich zusammensetze und über eine Änderung der nationalsozialistischen Taktik berate. — Hitler hat seine Verammlungsreise nach der Karlsruher Versammlung nicht abgebrochen, wie gemeldet worden war. Er sprach in Berlin und am Donnerstag in Hannover.

Hugenbergs Wirtschaftsprogramm. Hugenberg machte am Donnerstag im Berliner Sportpalast grundsätzliche Ausführungen über die wirtschaftlichen Forderungen der Deutschnationalen und ihrer Stellung zu den Verfassungsreformplänen. Das internationale, zwischen den Staaten bagabundierende Kapital sei der Feind aller. Es muß eingefangen und unschädlich gemacht werden. Das nationale Kapital aber soll für das verantwortlich sein, was es tut, durch Ehrenrechte für die wirtschaftlichen Menschen und Zurückdrängung des anonymen, namenlosen Unternehmers. Neben dem persönlichen Unternehmer und dem persönlich verantwortlichen Besitzer einer Kapitalmehrheit soll nicht etwa der Staat oder die Gemeinde als Inhaber der großen Werke stehen, sondern der organisierte, sich selbst verwaltende Berufsstand. Mit einem kranken Volk, fuhr der Redner fort, könne man keine Verfassung machen und das, was jetzt auf diesem Gebiete geschehe, seien nur Notstandsarbeiten. Die berufständliche Gliederung sei eine wirtschaftliche Selbstverwaltung, die dem Staate eine Fülle von Arbeiten abnehme, ohne über den Staat zu herrschen.

Freispruch des Kommandanten der „Niobe“

Die Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Kiel wegen des Unterganges des Schulschiffes „Niobe“ endete am Donnerstag mit dem Freispruch des Kommandanten der „Niobe“, Kapitänleutnant Rühfus. Aus dem Gutachten der Sachverständigen ging übereinstimmend hervor, daß Kommandant Rühfus gar nicht anders habe handeln können, als es geschehen sei. Es habe sich um eine Wö gehandelt, wie sie in unseren Breiten nur sehr selten vorkommen. Das Unglück sei daher auf höhere Gewalt zurückzuführen.

Aus dem Bullerjahn-Prozess

Im Bullerjahn-Prozess vor dem Reichsgericht in Leipzig wurde am Donnerstag der Lebenslauf des Angeklagten dargestellt. Ausführlich kamen dann die Differenzen zur Sprache, die Bullerjahn mit der Direktion der Berlin-Karlsruher Industriewerke in Wittenau bei Berlin gehabt hat. Bullerjahn erklärte u. a., es sei ihm unympathisch gewesen, daß von Gontard von jedem der leitenden Beamten kleine Spitzeldienste verlangt habe. Anschließend wurden die Revisionen der Interalliierten Kontrollkommission am 23. und 24. Dez. 1924, sowie am 5., 6. und 7. Januar 1925 erörtert, die angeblich durch Verrat Bullerjahns veranlaßt worden seien. Auf die Erklärung des Vorsitzenden, daß die Revisionen offenbar auf Verrat zurückzuführen seien und daß Bullerjahn dies selbst früher gesagt habe, sagte der Angeklagte, daß er dieser Ansicht auch heute noch sei, denn die Interalliierte Kontrollkommission hätte ziemlich genaue Kenntnis von den Vorgängen gehabt.

EM Leipzig, 4. Nov. (Priv.-Tel.) In der heutigen Verhandlung erklärte der Vorsitzende: Wir haben gestern gesehen, daß das von der Revisionskommission festgestellte Material überall verbreitet war und nicht so ohne weiteres bekannt sein konnte. Wer, Herr Bullerjahn, kann nun nach Ihrer Meinung das verraten haben?

Angeklagter: Wenn ich nur eine Notmaßnahme darüber gehabt hätte, hätte ich sie doch schon im Vorverfahren vorgebracht. Zudem hatte ich den Eindruck, daß der französische Leutnant mehrere Quellen gehabt hat. Das ging z. B. daraus hervor, daß er Lager, die wir bereits geräumt hatten, nochmals an der alten Stelle suchte.

Vorsitzender: Es muß doch auffallen, daß außer diesen ständigen Revisionen plötzlich eine solche Generalrevision stattfand, der eine umfangreiche Verratsaktion zugrundeliegen mußte. Angeklagter: Es handelte sich ja um Material, das niemandem wehe tat und ruhig liegenbleiben konnte. Das Material wurde erst dann „gefunden“, wenn es politisch ausgewertet werden konnte. In Wirklichkeit war es gar kein Kriegsmaterial, es hatte nur den Wert des Schrotts.

Der Vorsitzende erklärte, diese Ansicht habe viel für sich, und fragte dann: Gab es überhaupt noch jemanden außer Ihnen, der solchen Überblick hatte und alle Lagerplätze kannte? — Diese Frage bejahte der Angeklagte auf das Bestimmteste. Die weitere Vernehmung des Angeklagten erstreckte sich darauf, ob die Möglichkeit bestand, daß andere Personen die Materiallager beobachtet konnten.

Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Donnerstagnachmittag um 15.03 Uhr in Friedrichshafen glatt gelandet. An Bord befanden sich 21 Passagiere. Die Führung hatte Kapitän Lehmann.

Der deutsche Bellflieger, von Gronau, ist heute, Freitag, früh in Athen nach Rom gestartet.

Zwei Motorradfahrer überfielen in Göttingen einen 18jährigen Kassenboten und raubten ihm 5000 RM Silbergeld. Die Räuber sind entkommen.

Die Opernsängerin, Gertrud Biederndorf, die, wie erinnerlich, vor kurzem von ihrem Manne, dem Bankier Finke, nach einer Aufführung in der Städtischen Oper in Berlin durch einen Revolverbeschuß schwer verletzt worden war, ist am Donnerstagnachmittag 2.30 Uhr im Krankenhaus an Embolie gestorben.

Ein Leichtflugzeug wurde von einem heftigen Schneesturm in Oberbayern an einen Fabrikschornstein geschleudert und stürzte aus beträchtlicher Höhe ab. Der Flugzeugführer und sein Fahrgast wurden schwer verletzt.

Das Amtsgericht in Stockholm verurteilte heute, Freitag, den Kreuger-Direktor S. Nulst zu einem Jahr Zwangsarbeit wegen Betrugs. Er wurde außerdem verpflichtet, der Continental Indebement Corporation 337 500 000 französische Franken zurückzuzahlen.

Mahnpruch an Alle

Denkt an die Not in den Arbeiterwohngegenden!

Wird von Not und Armut gesprochen, denkt jeder von uns nur an das viele Armselige, das sich hinter hohen Häusermauern enger Großstadtdörfer vor unseren Augen verbirgt. Zu leicht vergißt man darüber die Not und Bitternis auf dem Lande, eine Not, die von niemanden übersehen werden darf, der ein Herz in sich fühlt.

Bereits im vorjährigen Winter traten in zirka 80 badischen Dorfgemeinden so erhebliche Notstände auf, daß mit größeren Hilfsaktionen eingegriffen werden mußte. Die Zahl dieser Notdörfer wird im kommenden Winter vermutlich noch viel größer sein. Es handelt sich bei diesen Gemeinden in der Hauptsache um Arbeiterwohngegenden in der unmittelbaren Nähe größerer und kleinerer Industriestädte, in deren Werken innerhalb der letzten 40 Jahre die Familienbäuer Arbeit und Brot gefunden hatten. Nationalisierung und Wirtschaftskrise hatten zur Folge, daß die Arbeiter zu Tausenden entlassen werden mußten.

Anfänglich war noch Hoffnung, zu irgendeiner Zeit und Gelegenheit wieder eine Erwerbsmöglichkeit zu finden. Diese Hoffnung ist angeichts der fortgesetzten Krise zunichte geworden. Dafür beginnt sich die Erwerbslosigkeit als Dauerzustand erst jetzt in vollem Umfange, in voller Schicksalhaftigkeit auszuwirken. In vielen Gemeinden hat sich die Zahl der Ausgesteuerten dem Vorjahre gegenüber verdoppelt. Tausende Familien stehen vor einem Nichts. Der fleißige Bauer bescheidener Kleinfelder reicht zum Lebensunterhalt bei weitem nicht aus. Oft fehlt es diesen Familien an allem. Man hungert sich den Winter über durch, wenn nur die Kinder zu essen bekommen. Besonders fühlbar macht sich die Kleidernot. Erwaachsenen und Kindern fehlt es an ordentlichem Schuhwerk.

Hilfe ist notwendig, Hilfe von außen her, Menschen- und Christenpflicht. Und so wird an alle Väter dieses Mahnpruches die herliche Bitte gerichtet, opfert den Notgemeinschaften, die sich in Stadt und Land zur Arbeit rüsten, bringt Eure abgelegten Kleider und Schuhe, opfert ein wenig Eurer Einkünfte, damit diese abgrundtiefe, unverdiente Not in den bedrängten Familien gelindert werden möchte. Helft, damit auch der Arme unter uns seine bescheidenen Hoffnungen nicht verlieren muß. Wer speziell für Notleidende in armen Dorfgemeinden Badens Beiträge oder Kleider spenden will, wende sich bitte an die Badische Notgemeinschaft Karlsruhe, Friedrichsplatz 7, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 360. (Hilfswert für Notleidende in Baden.)

Badischer Teil

Zur Frage der Kastration von Sittlichkeitsverbrechern

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** In der Presse wurde kürzlich mitgeteilt, ein badisches Gericht habe zu Freiheitsstrafe verurteilten Sittlichkeitsverbrechern Strafausschub auf Boshverhalten zugesagt, wenn sie sich kastrieren ließen. Die Nachricht ist nicht zutreffend. In den fraglichen Fällen handelt es sich um Verurteilte, die sich von sich aus einer nervenärztlichen Behandlung unterstellt haben. Das Gericht stellte ihnen in Aussicht, daß es ihnen die Fortsetzung der Heilbehandlung durch Gewährung eines einfachen Strafausschubs ermöglichen werde. Dagegen ist nicht richtig, daß in irgend einer Form ein Druck auf die Verurteilten in der Richtung ausgeübt worden ist, sie möchten sich ärztlich behandeln oder gar kastrieren lassen.

Einen solchen Druck auszuüben sind, wie das Justizministerium früher schon gelegentlich ausgesprochen hat, die Justizbehörden weder berufen noch befugt, da es sich insbesondere bei der erwähnten Operation um einen sehr schwerwiegenden und in seinen Folgen kaum überschaubaren Eingriff handelt. Wer sich ihm unterziehen will und darf, muß das ganz aus seiner eigenen freien Entscheidung heraus tun.

Gedenkfeste an den Höheren Schulen

Aus Anlaß des 70. Geburtstages des Dichters Gerhart Hauptmann am 15. November d. J. werden in den Oberklassen aller Höheren Schulen Gedenkfeste abgehalten, in denen das künstlerische Schaffen des Dichters in geeigneter Weise gewürdigt wird.

In sämtlichen Schulen werden am 13. Februar 1933 aus Anlaß des 50. Todestages Richard Wagners Gedenkfeste für den deutschen Komponisten abgehalten werden, wobei die Schöpfungen Richard Wagners gewürdigt werden.

Ferien 1933 an Höheren Schulen

Die Ferien an den Höheren Schulen wurden vom Ministerium des Unterrichts für das Jahr 1933 wie folgt festgesetzt: Weihnachtsferien vom 24. Dezember 1932 bis 7. Januar 1933, Osterferien vom 10. April 1933 bis 29. April 1933, Pfingstferien 1933 vom 3. Juni 1933 bis 10. Juni 1933 und Sommerferien 1933 vom 31. Juli 1933 bis 9. September 1933.

Spanische Schwindlerbriefe

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: ** Die sogenannten spanischen Schatzgräberbriefe sind in letzter Zeit wieder in großer Anzahl in Baden aufgetaucht.

Der Briefschreiber erzählt, er sei in Madrid im Gefängnis festgehalten. Bei einer Baat habe er 280 000 holländische Gulden, in deren Besitz er aber nur mit Hilfe einer dritten Person kommen könne. Diese müssen etwa 6000 RM mit nach Spanien bringen, um die Gerichtskosten und eine Geldstrafe bezahlen zu können, alsdann werde dann das beschlagnahmte Reisegepäck des Gefangenen freigegeben. In diesem Gepäck aber würden sich, auf verdeckt die Dokumente finden, die zur Erlangung des Geldes erforderlich seien. Als Lohn stellt der Briefschreiber ein Drittel des erlangten Geldes in Aussicht. Trotzdem der Schwindel offensichtlich ist, sind schon mehrere Personen um sehr hohe Beträge betrogen worden.

Das Badische Landespolizeiamt warnt daher wiederholt vor diesen Betrügnern.

Die Kreisstraße Bad Dürrenheim-Schweningen a. N. soll wegen des starken Verkehrs verbreitert und teilweise verlegt werden. Zu den Gesamtkosten von 34 000 RM gibt das Reich einen verlorenen Zuschuß von 4300 RM. Zwei Drittel des Restbetrages werden vom Lande Baden aufgebracht, so daß der Kreis noch einen Betrag von 9900 RM zu tragen hat. Dieser Betrag wird vorbehaltlich der Zustimmung der Kreisversammlung von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten aufgenommen.

Finanzminister Dr. Mattes zur Konfordatsfrage

In einer Wahlversammlung in Mosbach äußerte sich Finanzminister Dr. Mattes auch zur Konfordatsfrage. Er führte dabei u. a. aus, daß die jetzt in Opposition zum Konfordatsab-schluß stehenden Parteien, die Staatspartei und die Sozialdemokratie beim Abschluß der preußischen Kirchenverträge führend mitgewirkt hätten. Es sei selbstverständlich, daß, wenn man Preußen ein Konfordat zugebilligt habe, das gleiche Recht auch für die anderen Länder gelte. Wäre in Preußen kein Konfordat abgeschlossen worden, meinte der Minister, dann wären auch die Konfordatsverhandlungen in Baden nicht in Fluß gekommen.

Im Grunde genommen handle es sich um zwei Verträge, wobei allerdings wesentliche Teile des Vertrags mit der Evangelischen Kirche noch nicht abgeschlossen seien. Würde z. B. in diesem — dem evangelischen — Kirchenvertrag den Bestimmungen der Kirchenregierung, der ev.-theol. Fakultät in Heidelberg die Rechte und Stellung zu nehmen, die bisher Forschungs- und Lehrfreiheit gewährleistet, Rechnung getragen, so wäre der Vertrag mit der evangelischen Kirche für ihn — den Minister — unannehmbar. Die andere Gefahr bestiehe darin, daß zwischen Staat und ev. Kirche überhaupt kein Vertrag zustandekomme, weil die evangelische Kirchenregierung das Angebot des Staates nicht annehme.

Vom neuen Freiburger Sender

Gemeinschaftsbetrieb mit Frankfurt

Wie in einer Mitgliederversammlung des Oberherzöginischen Junfvereins in Freiburg mitgeteilt wurde, wird der neu zu erstellende Freiburger Sender vom Südfunk losgelöst und an den Frankfurter Sendebetrieb angeschlossen werden. Diese Maßnahme hat ihren Grund in technischen Dingen, da es nicht mehr möglich ist, Freiburg eine eigene Welle zuzuteilen. Bei einem Gleichwellenbetrieb zwischen Mühlader und Freiburg würde aber ein Teil der Freiburger Empfangszone durch den erheblich stärkeren Mühlader Sender gestört werden, was bei einem Gleichwellenbetrieb gemeinsam mit Frankfurt und Kassel verhindert wird. Hinsichtlich des Sendeprogramms wird der Programmaustausch mit dem Südfunk noch weiter ausgebaut werden als bisher, so daß es möglich sein wird, den wertvollsten Teil des Südfunkprogramms über Frankfurt auf Freiburg zu übertragen.

Aus der badischen Industrie

Weitere Neueinstellungen bei Wolff & Sohn. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Firma Karlsruher Karfimerie- und Toilettenfabrik F. Wolff & Sohn, Karlsruhe, außer den bereits 150 neu eingestellten Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen weitere 50 neu eingestellt.

Zu den Neueinstellungen bei Jungmans in Schramberg erfährt das „Schwarzwälder Tageblatt“, daß sich diese nur auf das Weihnachtsgeschäft beziehen und daß mit Beginn des neuen Jahres wieder eine rückläufige Konjunktur einsehen dürfte. Fest steht auch, daß mit dem 31. Dezember 1932 die Uhrenfabrikation in der Hamburg-Amerikanischen Uhrenfabrik des Jungmans-Konzerns stillgelegt wird. Die anfallenden Aufträge werden im Hauptwerk Jungmans ausgeführt werden.

Ein Konstanzner Rheinbrückenbauprojekt. Dem Stadtrat Konstanz wurde ein Antrag des Stadtoberordnetenvorstandes zugeleitet mit dem Ersuchen, bei der Landesregierung zu beantragen, über die Erstellung einer neuen Landstraßenbrücke über den Rhein ein Projekt ausarbeiten zu lassen, und die Vorarbeiten für die baldige Erstellung der neuen Brücke in Angriff zu nehmen. Die alte Landstraße über die jetzige Brücke genügt schon lange nicht mehr den Anforderungen des heutigen Verkehrs.

10 Proz. Umlageenkung. Der Bürgerausschuß Scherzheim (Amt Nehl) hat in seiner letzten Sitzung den Vorschlag 1932/33 einstimmig genehmigt. Die Umlage konnte von 60 auf 54 Pf. gesenkt werden.

Aus der Landeshauptstadt

Rundfunkrede des Reichszanzlers. Reichszanzler von Papen spricht am heutigen Freitag, den 4. November, von 20 Uhr bis 20.15 Uhr im deutschen Rundfunk über alle deutschen Sender zur Lage.

Die Ausstellung „Deutsche Woche“ wird um drei Tage, also bis einschließlich Mittwoch, den 9. November, verlängert, um noch möglichst vielen Lesern die ausgezeichnete Ausstellung vorzuführen. Als Grund der Verlängerung wird das schlechte Wetter der vergangenen Tage, die beiden Feiertage, die große Wahlversammlung usw. angeführt. Durch die Gratisabgabe eine Tasse Kaffee an jeden Besucher seit einigen Tagen hat der Besuch stark zugenommen.

Martini-Kirchweih in Ettlingen. Am Sonntag, den 6. d. M., wird in Ettlingen die Martini-Kirchweih gefeiert, wenn auch in einfacherer Art als vor Zeiten. Ein 30-Minuten-Zugverkehr bis 23.30 Uhr, ist vorgesehen. Fahrzeit 20 Minuten.

Unerlaubte Wahlpropaganda. Drei junge Leute wurden heute nacht dabei erappt, wie sie in der Döfhab mit roter Farbe auf die Gehwege Wahlpropaganda aufmalten.

Im Märchenland bei Geschwister Knopf. Der Kinderwelt zunächst bringt das bekannte Warenhaus Knopf eine hübsche Überarbeitung unter dem originellen Titel „Teddy Abenteuer“. Aber nicht bloß alle Kleinen, sondern auch viele große Besucher werden an diesem, im vierten Stock des Etablissements untergebrachten und wohl erstmals in Karlsruhe geeigneten Schaustück ihre helle Freude haben. Denn es ist ein wahres Lab-feld für jeden, der sich noch einen gesunden Sinn für die schon mit dem Namen „Teddy“ gegebene Situationskomik bewahrt hat. In einer Folge von etwa einem Duzend Bilder wird da die Geschichte eines jungen Teddy nachgezählt, der un-gelogen (wie nun einmal auch Bärenkinder in Haus und Schule zu sein scheinen) auf und davon läuft, aber schnell gefangen und in den Zirkus Hagenbeck gebracht wird und solange dort Kunststücke vorführen muß, bis ihn seine Eltern triumphierend im Flugzeug als gehoramen Sohn heimholen. Lustige Verse erläutern noch, was das bewegliche Bilderbuch dem erlauteten Bild deutlich genug zeigt. Die mit unlegbarem Gesicht zusammengestellten Einzelteile sowie das Ganze, das den Mechanismus der Figuren beinahe lebensecht auswertet, sichern der Schau zweifellos bei alt und jung lebhaften Zuspruch und werden bestimmt in manchen Kinderköpfchen den Wunsch erwecken lassen, nun auch zu Hause mit seinem eigenen Teddy die lehrreiche Geschichte nachzuspielen. S. Sch.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe vom Freitagmorgen: In Süddeutschland hält das trodene Hochdruckmetter noch an. Heute Nacht traten stellenweise Nebel auf. Voraussage: Fortdauer der trodenen und meist heiteren Witterung, am Tage mild, stellenweise Frühnebel.

Wasserstände: Waldshut 282 minus 8, Basel 85 minus 11, Nehl 308 minus 12, Maxau 496 minus 17, Mannheim 408 minus 13, Caub fehlt.

Kurze Nachrichten aus Baden

hd. Mannheim, 4. Nov. Auf dem Heimweg von der Schule sprang am Donnerstagnachmittag ein zehnjähriges Mädchen aus der Mittelstraße in den Redar, nachdem es vorher Schulranzen und Schuhe abgelegt hatte, und ertrank. Furcht vor Strafe soll das Kind veranlaßt haben auf diese Weise aus dem Leben zu scheiden.

hd. Heidelberg, 3. Nov. Wohl der älteste Heidelberger Bürger, der älteste Geistliche der evangelischen Landeskirche Badens, Kirchenrat Hermann Specht, ist im patriarchalischen Alter von 96 1/2 Jahren sanft entschlafen. Nahezu die Hälfte seines Lebens, 47 Jahre, hat Hermann Specht im Dienste der evangelischen Landeskirche zugebracht. Seine Tätigkeit als Pfarrer begann 1863 in der Schwarzwaldgemeinde Tennentbronn, später führte sie ihn ins Ober- und Unterland, nach St. Georgen, Elmendingen, Altkupheim und 1896 nach Bretten, wo er auch das Amt des Dekans versah und durch den Titel Kirchenrat ausgezeichnet wurde. Mit 70 Jahren trat er in den Ruhestand und zog im Juli 1911 in sein, ihm von der Studienzeit her liebes Heidelberg.

DJ. Lairnbach b. Wiesloch, 4. Nov. Der vor vier Jahren anlässlich des Brandes des Lairnbacher Schlosses aufgefunden Goldschatz, bestehend aus wertvollen alten Goldmünzen, ist nunmehr endlich zum Verkauf gelangt. Ein Teil ging nach Hamburg, ein anderer Teil nach Heidelberg. Die Gemeinde Lairnbach hat damit einige tausend Reichsmark verdient.

hd. Freiburg i. Br., 3. Nov. In dem seit Monaten schon die Gemüter erhitzen Streit um den Milchpreis hat die Stadtverwaltung in Freiburg nunmehr ihrerseits die Initiative ergriffen. In einer Pressebesprechung gab Oberbürgermeister Dr. Bender bekannt, daß die Stadt in den Verhandlungen mit den Milchproduzenten gefordert habe, daß auch die Konsumenten in Zukunft paritätisch und stimmberechtigt im Milchpreisausschuß vertreten sein sollen, um eine direkte Einwirkung auf die Preisgestaltung ausüben zu können.

hd. Freiburg i. Br., 3. Nov. Der Freiburger Sommerluftverkehr hat in diesem Jahre wieder ein sehr günstiges Ergebnis aufzuweisen und wurde ohne den geringsten Unfall abgewickelt. Auf der Strecke Freiburg-Stuttgart, die erstmals auch im Winter, und zwar dreimal in der Woche beflogen wird, wurden in der Zeit von Mai bis Oktober befördert: 1906 Personen (1931: 1560), 15 851 Kilo Fracht und Gepäck und 965 535 Kilo Post.

hd. Freiburg, 4. Nov. Am heutigen Freitag vollendet Dr. h. c. Hermann Himmelsbach sein 70. Lebensjahr. Den Spuren des Vaters, Josef Himmelsbach, des Begründers der ehemaligen Firma J. Himmelsbach, Oberweiler, der damals schon hoch angesehenen Holzgeschäftes, aus der bei der Überführung nach Freiburg im Jahre 1900 die Firma Gebr. Himmelsbach wurde, folgend, widmete sich Hermann Himmelsbach der Holzbranche. Als Kockämpfer für den wirtschaftlichen Zusammenschluß in Holzindustrie und Holzhandel, gründete er den Verein von Holzinteressenten Süddeutschlands, dessen Vorsitz er über ein Vierteljahrhundert inne hatte. Die Freiburger Universität hat ihm die Ehrendoktorwürde verliehen, die Technische Hochschule Karlsruhe hat ihn zum Ehrenbürger ernannt.

DJ. Hornberg, 4. Nov. Im Schwabenbachtal brach in dem 1775 erbauten Untersteighof, der zur Gemeinde Reichenbach gehört, Feuer aus. Das kurz nach Mitternacht im Dachstuhl entstandene Feuer überforderte den Hof innerhalb kurzer Zeit vollständig ein. Die im Schlafe vom Feuer überraschten Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Nur das Großvieh konnte gerettet werden. Der ganze Ernteertrag ist vernichtet.

hd. Badenweiler, 3. Nov. Der Reichswehrminister, General von Schleicher, hat am Donnerstagnachmittag zusammen mit seiner Gemahlin und seinem Adjutanten nach einem vierzehntägigen Erholungsurlaub im „Hotel Römervilla“ den Kurort wieder verlassen. Der General begibt sich zunächst nach Konstanz und von da über Nürnberg und Weimar am Sonntag nach Berlin zurück.

In Iffesheim wurde die Bürgersteuer, die vom Gemeinderat wiederholt abgelehnt worden war, nunmehr durch den Bürgermeister auf den siebenfachen Betrag des Landesfaktes festgesetzt. Um den Etat auszugleichen, wäre eine zwanzigfache Bürgersteuer erforderlich.

Gemeinderundschau

45-Stunden-Woche in den Heidelberger städtischen Betrieben. Der Stadtrat Heidelberg hat in Abänderung eines früher gefaßten Beschlusses die Einführung der 45-Stunden-Woche beschlossen. Er hat ferner von der Entscheidung des Landeskommissärs, wonach der Einspruch des Stadtrates gegen die Festsetzung der siebenfachen Bürgersteuer für 1933 abgelehnt wird, Kenntnis genommen. Die Bezüge der Fürsorge- und Hilfsarbeiter werden neu geregelt. In solchen Fällen, in denen ein Unterschied zwischen dem Lohn und der Unterstützung nicht besteht, sollen die Arbeiter eine zusätzliche Fürsorgeleistung von 20 Prozent erhalten.

Einsparungen im Pforzheimer Straßenbahnbetrieb. Um eine Steigerung des Fehlbetrags von rund 60 000 RM. zu vermeiden, hat der Stadtrat eine Einschränkung des Straßenbahnbetriebs beschlossen. Die Maßnahmen erfordern die Entlassung von 27 Angestellten und Arbeitern, nachdem der Vorschlag der Straßenbahnverwaltung, die Arbeitszeit auf eine 40stündige Arbeitswoche bei gleichbleibendem Stundenlohn zu verkürzen und damit die drohende Entlassung zu vermeiden, an der Haltung der Belegschaft gescheitert war. Die Verwaltung hat sich jetzt bereit erklärt, die Entlassungen wieder zurückzunehmen, wenn ihr Vorschlag noch nachträglich angenommen wird.

Abbau und Einsparungen in Sehl. Der Gemeinderat Sehl beschloß eine Reihe von Anträgen, die von den Rechtsparzellen zum Vorschlag gestellt waren. Mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt wird die Entschädigung der Gemeinderäte auf 5 RM. monatlich herabgesetzt. Der Kosten eines Bürgermeisterstellvertreters wird mit dem 1. November aufgehoben. Die von dem bisherigen Inhaber verwalteten Ressorts werden teilweise anderen Gemeinderäten übertragen. Da größere bauliche und damit zusammenhängende Arbeiten in absehbarer Zeit nicht ausgeführt werden können, wird eine Kommission gebildet, die die Frage des Abbaus des Stadtbauamts prüfen soll. Schulgeldbefreiung für die Oberrealschule soll es nur noch in Ausnahmefällen geben. Die Vermittlungsbefreiung für Kinder der Volksschule erfolgt künftig nur noch, wenn der Ausschuß für soziale Fürsorge die Bedürftigkeit bejaht hat.

Arbeitsbeschaffungspläne in Staufen. Die Stadtverwaltung Staufen beabsichtigt, in der nächsten Zeit mit den Aufsichtungsarbeiten in der Schwefelgrube im Stadtwald zu beginnen. In den Arbeiten sollen in erster Linie Wohlfahrts-erwerbslose der Stadt herangezogen werden. Zur Vertreibung der Arbeiten soll eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ins Leben gerufen werden, an der sich die Stadt maßgebend beteiligen will.

Vom Gemeinderat Zell i. W. Vorbehaltenlich der Zustimmung des Bürgerausschusses soll das für die Korrektion der Landstraße Basel-St. Blasien benötigte städtische Gelände an den badischen Landesfiskus abgetreten werden.

Handel und Wirtschaft
Devisennotierungen der Reichsbank

	4. November		3. November	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	169.63	169.97	169.48	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	72.08	72.22	72.73	72.87
Italien . . . 100 L.	21.56	21.60	21.56	21.60
London . . . 1 Pf.	13.83	13.87	13.88	14.02
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.54	16.58	16.52	16.56
Schweiz . . . 100 Fr.	81.19	81.35	81.12	81.28
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.02
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Von den Börsen

Im Hinblick auf die Wahlrunde war die Börse abgeschwächt. Auch die unklare handelspolitische Lage wegen der Kontingenzierung und die Verzögerung der Entschließung der Reichsbank hinsichtlich einer weiteren Distanzierung drückte auf die Tendenz. Die Aktienmärkte waren weitgehend berüht, zumal Aufträge nur in bescheidenstem Rahmen vorlagen. Die Spekulation beharrte völlige Zurückhaltung. Die Aktienwerte waren überwiegend schwächer, doch waren die Müdigänge nicht sehr erheblich, da günstigere Berichte aus der Wirtschaft einen gewissen

Rückhalt boten. Auch am Rentenmarkt bröckelten die Kurse ab. Zum ersten Male kamen die Steuerscheine zur Notierung. Die 1933 fälligen Scheine wurden mit 90 notiert, die später fällig werdenden Scheine entsprechend niedriger.

Die Finanzierung der Steuergutscheine dürfte vorläufig die Banken nicht viel in Anspruch nehmen, da zunächst nur mäßige Beträge herauskommen werden. Immer bedrohlicher gestaltet sich die Lage der öffentlichen Finanzen, zumal das Reich fort täglich neue Verbindlichkeiten einget.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 2. November 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 2. November 1932 für eine Unze Feingold 124 sh 3 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein englisches Pfund vom 2. November 1932 mit 14,00 M umgerechnet 86,9750 M, für ein Gramm Feingold demnach 47,9367 Pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,79631 M.

Daimler-Benz AG. Der „Frankf. Btg.“ zufolge findet die Bilanzierung Mitte November in Berlin statt. In dieser wird vermutlich auch über die Sanierungsmaßnahmen beraten. Da sich die finanzielle Verfassung der Gesellschaft wesentlich gebessert haben soll, rechnet man nicht mit einem allzu schweren Kapitalstuh. Mit Sicherheit könne nur die Einziehung von rund 6 Mill. Vorkassafaktien angenommen werden, während das Ausmaß der Zusammenlegung des verbleibenden Steueraktienkapitals von 44 Mill. noch keineswegs entschieden sei. Der Geschäftsverlauf soll nicht unbefriedigend gewesen sein.

Staatsanzeiger

Dem Verein „St. Kilian“ in Heilbronn a. N. wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 2. November 1932. Der Minister des Innern.

Nach den Mitteilungen der Bezirksärzte waren am 1. November 1932 im Lande Baden verzeichnet:

Maul- und Klauenseuche:	
Amtsbezirk:	Gemeinde:
Ettlingen	Mörsch
	Schweinepest:
	Gemeinden:
Amtsbezirke:	
Mannheim	Mannheim-Käfertal, Mannheim-Rheinau, Mannheim-Sandhofen, Mannheim-Sedenheim, Altkupheim, Iffesheim, Badenurg, Neckarhausen, Ofersheim, Pfaltzstadt, Schriesheim, Schönbühl, Hoppetengell, Walspüren (Gegau) Hemsbach
Stadtd. Weinheim	Milbronn:
	Gemeinden:
Amtsbezirke:	
Mosbach	Neckarjimmern
Spillernsdorf	Winterjulgen
	Geflügelcholera:
Amtsbezirk:	Gemeinde:
Mannheim	Ofersheim
	Badisches Statistisches Landesamt.

Ausstellung „Deutsche Woche“
in der Städtischen Ausstellungshalle Karlsruhe
bis einschließlich Mittwoch, den 9. November 1932, verlängert
Geöffnet von 10 bis 21 Uhr
Eintritt: Erwachsene 30 Rpf., Kleinrentner und Erwerbslose 15 Rpf., Schüler 10 Rpf.
Jeder Besucher erhält eine Tasse Kaffee gratis
Außerdem gilt jede Eintrittskarte als Los

Zur Eröffnung unserer Spielwaren-Ausstellung!
Wir zeigen das schönste Schaustück, das je ein Kinderherz erfreute:
„Teddys Abenteuer“ in 17 Bildern (beweglich) 120
jeweils um 1/2, I bis I und 3 bis 7 Uhr. Fahrstuhl Nr. 3 fährt direkt zur Ausstellung

KNOPF

Mantel-Woche
nur noch bis 7. November
Die meisten Menschen sind knapp bei Kasse und müssen deshalb versuchen, mit wenig Geld möglichst viel zu erhalten. Besser als in unserer Mantel-Woche können Sie Ihr Geld nicht anlegen, denn eine gleiche Gelegenheit bietet sich so schnell nicht wieder.

4 Preisgruppen:
I 25,- II 35,- III 45,- IV 65,-

Stern & Co.
Das große Spezialhaus
Karlsruhe, am Marktplatz

Badisches Landes-Theater
Samstag, 5. November 1932
* E. 6. Th.-Gem. 801-900
Eine Nacht in Venedig
Operette v. Johann Strauß
Dirigent: Krips
Regie: Dr. Hagemann
Mitwirkende:
Gaberhorn, Jan, Seiberlich, Faber, Fröh, Hofpach, Kiefer, Kloeble, Köfer, Kuntwig, Schönthaler, Mateo, Millius
Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise D (0,80-5 RM)

So. 6. 11. Der Ring des Nibelungen. Zweiter Tag: Siegfried. Im Konzert-haus: Siebling adieu.

Karlsruhe. C. 621
Handelsregistereinträge.
1. **Wieber & Salm,** Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kaufmann Ludwig Wieber ist alleiniger Inhaber der Firma. 26. Oktober 1932.
2. **Karl F. Aloy & Co.,** Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. Von Amts wegen eingetragen.
3. **S. Blum,** Karlsruhe. Die Prokura der Sofie Blum Witwe, sowie die Firma sind erloschen.
4. **Eugen v. Steffelin,** Karlsruhe und **A. v. Steffelin,** Karlsruhe. Der Gesellschafter Subert von Steffelin ist am 2. Mai 1932 gestorben. Die offene Handelsgesellschaft ist in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt, bei welcher der bisherige Gesellschafter Eugen von Steffelin, sowie Kaufmann Joachim Ritter Steffelin, Edler von Gartenstein, Karlsruhe, die persönlich haftenden Gesellschafter sind. Es sind zwei Kommanditisten beteiligt. Die bisherigen Prokuren bleiben bestehen. 27. Oktober 1932.
5. **Herrn Karl Burdhardt,** Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 28. Oktober 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Mannheim. C. 559
Handelsregistereinträge.
a) Vom 30. Sept. 1932: **Joseph Bögeler, Aktien-gesellschaft,** Mannheim: **Walter Baur, Wilhelm Helfferich, Ludwig Hermann und Hermann Blag** sind nicht mehr Vorstandsmitglieder. **Walter Baur, Mannheim, Wilhelm Helfferich, Mannheim, Ludwig Hermann, Mannheim, und Hermann Blag, Berlin,** sind zu Gesamtprokuristen in der Weise bestellt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen zur Zeichnung der Firma berechtigt ist.
b) Vom 1. Oktober 1932: **Reis Textil-Aktiengesellschaft,** Mannheim: Die Generalversammlung vom 17. September 1932 hat die Herabsetzung des Grundkapitals in erleichterter Form durch Einziehung eigener, im Besitz der Gesellschaft befindlicher Aktien im Betrage von 250 000 RM. beschlossen. Die Herabsetzung ist erfolgt, das Grundkapital beträgt jetzt 250 000 RM. Es ist eingeteilt in 500 auf den Namen lautende Aktien über je 500 RM. Die Generalversammlung vom 17. September 1932 hat beschlossen: 1. daß die durch die Aktienrechtsnovelle vom 19. September 1931 außer Kraft getretenen, den Aufsichtsrat betreffenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags in den §§ 5 und 9 Absatz 2 D.-S. 2 b in der feitherigen Fassung wieder in Kraft gesetzt und in den Gesellschaftsvertrag eingefügt werden 2. daß der § 8 (Grundkapital, Aktieneinteilung) einen Zusatz erhält.

Gebrüder Bierburg, Aktiengesellschaft in Liquidation, Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim, Sitz Berlin: Die Zweigniederlassung ist aufgehoben.
5. **Neuberger, Mannheim:** Julius Raier in Mannheim ist als Prokurist bestellt.
Lazarus Mayer & Kaufmann, Mannheim: Julius Raier in Mannheim ist als Prokurist bestellt.
Emil Heiden & Seimer, Mannheim: Julius Raier in Mannheim ist als Prokurist bestellt.
A. **Tobias, Mannheim.** Inhaberin ist Ilse Diezgenweiler, Mannheim. Die Niederlassung ist von Heiden nach Mannheim verlegt.
c) Vom 3. Oktober 1932: **Willy Mühl, Mannheim.** Inhaber ist Willy Mühl, Kaufmann in Mannheim. **Bad. Amtsgericht F.-G. 4, Mannheim.**